

PRESSEMITTEILUNG

Zur Veröffentlichung frei

Umfrage zur Zukunft der
Transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und zur Eurokrise

Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa ist weiterhin zentraler Schlüssel für nachhaltiges Wachstum

Mehrheit der US-Firmen fordert langfristigen Aufbau einer europäischen Wirtschaftsregierung

Frankfurt, 8. November 2011 – In einer Umfrage der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland prognostizieren 68% der befragten US-Firmen, dass die transatlantischen Beziehungen in der längerfristigen Zukunft stabil bleiben beziehungsweise an Bedeutung gewinnen werden – durch neue gemeinsame Herausforderungen wie den Aufstieg Chinas, gemeinsame wirtschaftliche Problemstellungen oder den globalen Klimawandel. Gemeinsame Führung ist nötig, um Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Der Abbau von Handelshemmnissen und die Schaffung eines harmonisierten transatlantischen Finanzmarktes stärken die globale Wettbewerbsfähigkeit. Um die Eurozone zu stabilisieren ist es langfristig erforderlich, eine europäische Wirtschaftsregierung aufzubauen. Der Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB wird abgelehnt.

Potentiale zur Stärkung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen nutzen

In der derzeitigen Situation gilt: Europa und die USA können nur gemeinsam und als starke Partner die Krise meistern. Nach Ansicht der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland (American Chamber of Commerce in Germany, kurz „AmCham Germany“) gibt es Potential die Partnerschaft weiter zu stärken: Der Abbau von nicht-tarifären Handelsbarrieren, d.h. Harmonisierung von Standards, ist voranzutreiben. Dies könnte die globale Wettbewerbsfähigkeit der USA und Europas entscheidend stärken und zu mehr als 3 Prozent zusätzlichem Wachstum auf beiden Seiten führen. AmCham Germany unterstützt das Ziel des EU-Parlaments, den Abbau aller Handelsbarrieren im transatlantischen Markt bis 2015 erreichen zu wollen.

Die befragten Firmen sehen die dringendsten transatlantischen Fragestellungen der kommenden Jahre in der Reduzierung nicht-tarifärer Handelsbarrieren (36%) und in der Schaffung eines harmonisierten transatlantischen Finanzmarktes (32%). Die Förderung von mehr Innovation durch gemeinsame Forschungsprojekte, Wissensaustausch, Studienprogrammen und Forschungsinvestitionen ist für die Firmen ebenfalls wichtig (20%). Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien hat für die Firmen keine Priorität (4%).

Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung zur langfristigen Stabilisierung der Eurozone gefordert

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 130 Milliarden Euro und damit verbundenen 800.000 direkten Arbeitsplätzen der Standort mit der höchsten Konzentration amerikanischer Investitionen. Die Investitionsplanung der US-Firmen in Deutschland wird derzeit laut 48% der befragten Executives am stärksten durch die aktuelle europäische Schuldenkrise beeinflusst. Weitere Einflussfaktoren sind die Energiewende und der beschleunigte Atomausstieg Deutschlands (16%) sowie die stagnierende US-Wirtschaft (12%). Außerdem identifizierten die Befragten die stagnierenden Einkommen der Konsumenten sowie innovationshemmende Überregulierungen in Deutschland als weitere Probleme (20%).

Um eine langfristige Stabilisierung der Eurozone zu gewährleisten, sprach sich die Mehrheit der US-amerikanischen Investoren für den Ausbau einer europäischen Wirtschaftsregierung (60%) und Verankerung einer ‚Schuldenbremse‘ in nationale Verfassungen aller Eurostaaten aus (60%). 28% der Executives fordern den Ausschluss hoch verschuldeter Länder aus der Eurozone, um langfristige Stabilität zu sichern. Jeder Fünfte erachtet die Ausweitung des Europäischen Rettungsschirms EFSF als begrüßenswerten Lösungsansatz. Der Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank sowie die Einführung von Eurobonds wird von allen befragten Firmen abgelehnt.

Top Executive Survey

AmCham Germany befragt die Top Executives der 50 umsatzstärksten US-Unternehmen in Deutschland regelmäßig zu aktuellen wirtschaftlichen Themen. Im Oktober 2011 wurden die Firmen zur Zukunft der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen und zur Eurokrise befragt. Beteiligt haben sich 25 Unternehmen.

Über AmCham Germany

Mit etwa 3.000 Mitgliedern ist AmCham Germany die größte bilaterale Wirtschaftsvereinigung in Europa. Die Kammer versteht sich als Kommunikationsbrücke zu Investoren in den Vereinigten Staaten. Die Förderung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland stehen im Vordergrund.

Kontakt:

AmCham Germany
Patricia Limburg
T +49 69 929104-40
E plimburg@amcham.de